

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
(15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Daniela Wagner, Lisa Paus,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9171 –**

Städtebauliche Qualität des Regierungsviertels verbessern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Konzept zu entwickeln, das unter Berücksichtigung der Sicherheitsfragen eine öffentliche Nutzung der Erdgeschosse in Bundesbauten erlaubt; ein städtebauliches Konzept für mehr öffentlich zugängliche Nutzungen im Regierungsviertel zu entwickeln; bei dem geplanten „Haus der Zukunft“ eine öffentliche Nutzung umzusetzen; bei dem aktuellen Bau des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine öffentliche Erdgeschossnutzung zu prüfen und ein entsprechendes Konzept vorzulegen und Nutzungskonzepte für Flächenüberkapazitäten in Bundesbauten zu erarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/17/9171 abzulehnen.

Berlin, den 27. September 2012

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Peter Götz
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Götz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9171** in seiner 172. Sitzung am 29. März 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Konzept zu entwickeln, das unter Berücksichtigung der Sicherheitsfragen eine öffentliche Nutzung der Erdgeschosse in Bundesbauten erlaubt; ein städtebauliches Konzept für mehr öffentlich zugängliche Nutzungen im Regierungsviertel zu entwickeln; bei dem geplanten „Haus der Zukunft“ eine öffentliche Nutzung umzusetzen; bei dem aktuellen Bau des BMBF eine öffentliche Erdgeschossnutzung zu prüfen und ein entsprechendes Konzept vorzulegen und Nutzungskonzepte für Flächenüberkapazitäten in Bundesbauten zu erarbeiten.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/9171 in seiner 72. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, sie habe sich schon in der Vergangenheit für öffentliche Bereiche in den Gebäuden im Regierungsviertel eingesetzt. Zwischenzeitlich habe sich aber die Sicherheitslage verändert, was einen Abwägungsprozess im Hinblick auf den Zugang der Öffentlichkeit zu Parlaments- und Regierungsbauten erfordere. Deshalb sei es sehr schwierig, hier ein Gesamtkonzept für alle Häuser zu erstellen, zumal die verschiedenen Ressorts ganz unterschiedliche Sicherheitsanforderungen hätten. Man müsse hier eine Kompromisslinie finden, im Zweifel gehe die Sicherheit aber vor.

Die **Fraktion der SPD** bekundete, sie hege für einige Teile des Antrags große Sympathie, anderen Teilen könne sie aber nicht zustimmen. Man müsse sich aber mit dem Verhältnis zwischen Sicherheitsbedürfnis und Freiheit auseinandersetzen und solle sich nicht abschotten. Gastronomie und Läden seien für die Infrastruktur des Regierungsviertels erforderlich.

Die **Fraktion der FDP** vertrat die Auffassung, wenn der Deutsche Bundestag die in dem Antrag vorgeschlagenen Vorgaben für die Nutzung der Bauten mache, laufe er Gefahr, dass Flächen vorgehalten würden, die dann vielleicht nicht genutzt würden. Noch schwerer wiege aber der Sicherheitsaspekt; weshalb man nicht generell die Erdgeschossflächen der Bauten öffentlich zugänglich machen könne.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kündigte an, dem Antrag zuzustimmen. Es sei zwar richtig, dass man sich im Zweifel für die Sicherheit entscheiden müsse. Hier gehe es aber auch um den Bau eines Ministeriums an einer Stelle, wo viele Besucherinnen und Besucher zu erwarten seien. Bei den derzeitigen Planungen schließe man diese von vornherein aus.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, man dürfe bei dem vorgesehenen Bau des BMBF am Spreeufer die sich bietenden Chancen nicht vergeben. Man baue dort für tausend Mitarbeiter, wisse aber, dass zwei Drittel der Flächen frei blieben. Wenn man diese Flächen – wie vorgesehen – vermiete, stelle sich die Sicherheitsfrage ebenfalls. Sie plädierte dafür, die Erdgeschossräume des Bildungsministeriums flexibel zu ausgestalten und dann in Ruhe ein Konzept auszuarbeiten.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9171.

Berlin, den 27. September 2012

Peter Götz
Berichtersteller

